

Niederschrift **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.09.2020
Sitzungsbeginn:	18:39 Uhr
Sitzungsende:	22:53 Uhr
Ort, Raum:	Holz, Glück-Auf-Halle

Anwesend sind:

Als Vorsitzender:

Redelberger, Thomas, Bürgermeister

Ratsmitglieder:

Barth, Tobias	SPD	ab TOP 4 / 19:30 Uhr
Bauer, Hartmut	CDU	
Bernauer, Mark	CDU	
Blanckenhorn, Dirk	GLN Klimabunt	
Britz, Tim	SPD	
Flöhl, Rüdiger	GLN	
Franke, Jörg	AfD	
Hartmann, Carsten	SPD	
Hill, Hans-Kurt	GLN Klimabunt	
Kaninke, Werner	AfD	
Kiel, Johannes	CDU	
Kopp, Pascal	FDP	
Krebs, Ulrich	FDP	
Lafontaine, Hans Gerhard	GBH	
Lesch, Bruno	CDU	
Maas, Helmut	CDU	
Mailänder, Herbert	SPD	
Meisberger, Patrik	CDU	
Michaelis, Friedrich	CDU	
Näckel, Kilian	CDU	
Neuhardt, Jörg	SPD	
Reimann, Peter, Dr.	SPD	
Roos, Denis	SPD	
Ruloff, Harry	GBH	
Saar, Horst	GLN Klimabunt	
Schmidt, Manfred	CDU	
Schmidt, Stefan	SPD	
Schwindling, Jörg	CDU	
Trappmann, Claudia	SPD	
Wachall, Richard	CDU	
Zimmer, Reiner	SPD	

Von der Verwaltung:

Di Napoli, Gaetana
Mack, Ursula

Ringe, Markus
Thinnes, Klaus

Schriftführerin:

Maurer, Marion

Presse:

Dittgen, Fredi Saarbrücker Zeitung bis TOP 12 / 21:50 Uhr

Entschuldigt fehlt/fehlen:

Luksic, Oliver FDP
Woll, Peter CDU

Gemäß der Satzung über die Einrichtung einer Einwohnerfragestunde in den Ortsräten und im Gemeinderat der Gemeinde Heusweiler findet vor Eintritt in die Tagesordnung eine Einwohnerfragestunde statt, in der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Gelegenheit gegeben wird, Fragen an die Verwaltung und die Ratsmitglieder zu richten. Im Anschluss daran findet die Sitzung statt.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Gemeinderat beschlussfähig ist. Er eröffnet die Sitzung um 18:39 Uhr. Er begrüßt von der Deutschen Glasfaser Herrn Sick, Herrn Münz, Herrn Menz sowie von der Polizeiinspektion (PI) Völklingen Herrn Zapp, Herrn Schmitt und Herrn Dilschneider. Des Weiteren begrüßt er die Gäste und Herrn Dittgen von der Saarbrücker Zeitung.

Da keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorliegen, lässt er über die vorliegende Tagesordnung abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt nachfolgend aufgeführte Tagesordnung:“

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 25.06.2020
 (öffentlicher Teil)
- 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des
 Gemeinderates vom 25.06.2020
- 3 Präsentation zur FTTH-Glasfaserverlegung
- 4 Vorstellung Unfall- und Kriminalstatistik 2019
- 5 Benennung von 4 Stellvertretern für die Verbandsversammlung "Zweckverband
 Naturnahes Köllertal"
- 6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wohnpark Großwaldstraße" - Abwägung

der eingegangenen Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2
Baugesetzbuch und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/0109/20

- 7 Stellenplan 2020
Vorlage: BV/0133/20
- 8 1. Nachtragshaushalt 2020 - Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023
Vorlage: BV/0103/20
- 9 1. Nachtragshaushalt 2020
Vorlage: BV/0104/20
- 10 Festlegung der Gestaltung von Grünflächen im Bebauungsplan - Antrag der
GBH-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0036/20
- 11 Ratsarbeit weiter digitalisieren - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0038/20
- 12 Saarstraße sicherer machen, Verkehrskontrollen verstärken - Antrag der FDP-
Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0083/20
- 13 Zukunftsorientierte Personalplanung im Bereich Tiefbau - Einstellung eines
Studenten - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0131/20
- 14 Wandertour Heusweiler
Vorlage: BV/0100/20
- 15 Mitteilungen und Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 16 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 25.06.2020
(nichtöffentlicher Teil)
- 17 Jahresabschluss 2019 - Bestellung eines Abschlussprüfers
Vorlage: BV/0129/20
- 18 Gemeinschaftsmaßnahme "Höhenstraße" mit der Gemeinde Saarwellingen
Vorlage: BV/0130/20
- 19 Ermächtigung des Bürgermeisters zur Ersteigerung eines Feuerwehr-
Löschfahrzeuges
Vorlage: BV/0132/20
- 20 Mitteilungen und Verschiedenes

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 25.06.2020 (öffentlicher Teil)

Beschluss mit 14 Ja-Stimmen (6 CDU/6 SPD/1 GLN/1 FDP) bei 16 Stimmenthaltungen (6 CDU/1 AfD/1 FDP/3 GLN/3 SPD/2 GBH):

„Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 25.06.2020 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.“

zu 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25.06.2020

Der Vorsitzende verliest nachfolgende Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25.06.2020:

- Der Auftrag zur Erweiterung des hinteren Schultraktes (Trakt 2) der Grundschule Heusweiler in Modulbauweise wird an die Firma ALHO Systembau GmbH aus Wiesbaden zu deren Angebotspreis erteilt. Die Zahlungsziele werden wie beschrieben, mit dem Zusatz, dass die Schlusszahlung erst nach mängelfreier Abnahme erfolgen wird, vereinbart.
- Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe an die Fa. Hoffmann, Ensdorf, für den behindertengerechten Umbau von 4 Bushaltestellen zu.
- Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Wärmedämmverbundsystemarbeiten zum Umbau und Erweiterung der St. Barbarahalle und Anbau eines Feuerwehrgerätehauses an den wirtschaftlichsten Bieter, die Fa. Hartmut Braun, GmbH zu erteilen.
- Der Gemeinderat beschließt, den Bürgermeister zur Vergabe des Auftrages zur Lieferung des Katenwagens aufgrund des wirtschaftlichsten Angebots der Ausschreibung zu ermächtigen.
- Frau Sarah Pelzer wird zeitlich befristet für die Dauer von 2 Jahren als Beschäftigte eingestellt.

zu 3 Präsentation zur FTTH-Glasfaserverlegung

Der Vorsitzende begrüßt die Vertreter von Deutsche Glasfaser, Herr Sick, Herr Münz und Herr Menz und erteilt Herrn Sick das Wort.

Dieser stellt das Projekt zum Breitbandausbau in der Gemeinde Heusweiler anhand einer Power-Point-Präsentation vor und geht auf die Bestandsgeschäfte, die Ziele und Vorhaben der neuen Unternehmensgruppe ein. Zum Datenverbrauch pro Haushalt sei festzustellen, dass ein exponentielles Wachstum in den letzten Jahren zu verzeichnen sei. Er erläutert die Bedeutung der Glasfasertechnologie für den ländlichen Raum und stellt die Übertragungstechnologien im Vergleich vor. Zum Projektablauf hält er fest, dass zu Beginn die Gebietsanalyse stehe. In Phase zwei stehe die Zusammenarbeit mit der Kommune mit dem Ziel einen Kooperationsvertrag mit der Gemeinde abzuschließen. Die sich anschließende Nachfragebündelung, wird von Herrn Menz vorgestellt. Innerhalb von 3 Monaten

werde angestrebt, mit 40 % der Anschlussinhaber einen Vertrag abzuschließen. Dies stelle die erforderliche Quote dar, damit es sich betriebswirtschaftlich für das Unternehmen rechne.

Herr Sick teilt mit, dass in Phase 4 das Projekt an die Bauabteilung übergeben werde und die Feinplanung beginne. Zum Zeitplan sei zu sagen, dass garantiert werde, innerhalb von 12-18 Monaten die gesamte Bauaktivität abgeschlossen und die Anschlüsse aktiv geschaltet zu haben und erläutert hierzu die unterschiedlichen Bauverfahren. Herr Menz führt hinsichtlich der Tarifsituation aus, dass ein breitgefächertes Produkt-Portfolio bestehe mit dem unterschiedliche Zielgruppen mit marktgerechten Tarifen angesprochen werden sollen und erläutert diese.

Herr Franke bedankt sich für die Präsentation und fragt, wie viele Verteilerstationen pro Ortsteil aufgestellt würden.

Herr Sick teilt mit, dass hierbei verschiedene Dimensionen zur Verfügung stehen würden. Der größte Point of Presence (PoP) könne über 3.900 Wohneinheiten bedienen. Auf die Gemeinde Heusweiler bezogen, könne mit maximal 2 Verteilerstationen pro Ortsteil gerechnet werden.

Herr Zimmer merkt an, dass im Ortsteil Wahlschied der Ausbau bis an die Unterverteilungen erfolgt sei. Er möchte wissen, ob hier nochmals ein PoP benötigt werde. Er gehe davon aus, dass die, die bereits einen Vertrag mit inxio haben, vernünftigerweise umstellen werden. Er möchte wissen, ob vorgesehen sei, diese Personen anzuschreiben. Weiterhin fragt er, wie lange gerechnet werde, die Vierzig-Prozent-Quote flächendeckend für Heusweiler zu erreichen und wie lange eine Umsetzung in Heusweiler dauern werde.

Herr Sick führt aus, dass bereits Glasfaserleitungen im Ortsteil verlegt seien, die genutzt werden könnten und somit weniger Bauaktivität erforderlich sei. Trotzdem müsse man, wenn man einen ganzheitlichen FTTH-Ausbau realisieren wolle auch in Wahlschied eine solche Verteilerstation installieren. Alle Bürger, die bereits Vertragskunden bei inxio seien, würden angeschrieben, um das Angebot in Anspruch zu nehmen. Im zweiten Schritt erfolgt eine telefonische Kontaktierung. In der dritten Phase, könnten Kunden, die sich bis dato noch unsicher seien, besucht werden. Nach Abschluss dieser Nachfragebündelung (bei Erreichen der Vierzig-Prozent-Quote) würde 3-6 Monate später mit dem Bau begonnen.

Da keine weiteren Fragen bestehen, teilt der Vorsitzende zum weiteren Vorgehen mit, dass der Kooperationsvertrag mit der Deutschen Glasfaser im Entwurf vorliege und derzeit durchgearbeitet werde. Man wolle diesen auf den Weg bringen und den Rat zu gegebener Zeit informieren. Er hoffe, dass man schnell mit der Akquise der 40 Prozent beginnen könne und rechne in den Ortsteilen mit der Unterstützung der Ortsvorsteher. Er sei zuversichtlich, dass es gelingen werde. Er bedankt sich bei den Gästen und verabschiedet diese.

zu 4 Vorstellung Unfall- und Kriminalstatistik 2019

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Zapp (Dienststellenleiter), Herrn Schmitt (Stellvertretender Dienststellenleiter) und Herrn Dilschneider (Kriminaldienstleiter) von der Polizeiinspektion Völklingen und erteilt Herrn Zapp das Wort.

Dieser stellt sich selbst sowie seine anwesenden Kollegen vor und übergibt das Wort an Herrn Schmitt zur Erläuterung der Unfallstatistik 2019.

Auf die Frage von Herrn Stefan Schmidt, ob es einen besonderen Unfallschwerpunkt innerhalb der Gemeinde gebe und hieraus Maßnahmen für die Baulastträger abzuleiten seien, antwortet Herr Schmitt, dass kein gesonderter Unfallschwerpunkt seitens der auswertenden Dienststelle mitgeteilt worden sei.

Herr Hill möchte wissen, wie sich die Veränderung des Polizeidienstes auf das zeitliche Eintreffen am Unfallort ausgewirkt habe.

Herr Schmitt führt aus, da sich die Polizeiinspektion in Völklingen befindet, bedeute nicht, dass kein Streifenwagen im Bereich Heusweiler unterwegs sei. Es sei situationsabhängig, da die Kommandos im gesamten Dienstbezirk unterwegs seien.

Weiterhin von Herrn Hill auf Veränderungen hinsichtlich der Erreichbarkeit von Unfallstellen befragt, teilt Herr Schmitt mit, dass sich keine nachteilige Verhaltensweisen im Hinblick auf das Eintreffen an Unfallorten oder Einsatzgeschehen gezeigt hätten.

Herr Dilschneider stellt die Kriminalstatistik 2019 vor und erläutert diese.

Von Herrn Franke zur Höhe der Aufklärungsquote befragt, teilt Herr Dilschneider mit, dass diese in der Regel bei 55 % liege.

Von Herrn Stefan Schmidt auf den exorbitant angestiegenen Diebstahlsbereich angesprochen, teilt Herr Dilschneider mit, dass hierzu Ladendiebstähle, Fahrrad- oder Autodiebstähle gehörten. Den Anstieg könnte man eventuell mit dem Event „Rocco del Schlacko“ in Verbindung bringen, da während dieses Events eine Häufung von Diebstählen zu verzeichnen gewesen sei. Hierbei handele es sich um eine Vermutung, die nicht nachgewiesen werden könne.

Herr Hill möchte wissen, inwieweit die Internetkriminalität im Bereich Heusweiler in die Statistik eingeflossen sei oder ob dies nur landesweit festgehalten werde.

Herr Dilschneider merkt an, dass die Internetkriminalität unter dem Punkt „Betrug“ erfasst sei, da sich die meisten Fälle betrügerisch darstellen würden.

Herr Zapp habe herausgehört, dass aufgrund des PI-Standortes in Völklingen Bedenken hinsichtlich der Anfahrtswege, mangelnde Präsenz oder ähnlichem bestünden. Dies könne er jedoch entkräften. Man sei eine große, schlagkräftige Dienststelle, könne aber nicht überall gleichzeitig sein. Deshalb gebe es das saarländische Flottenmanagement der Führungs- und Lagezentrale in Saarbrücken, welche die Fahrzeuge entsprechend dirigiere. Im Normalfall könne die PI Völklingen alles, was im Dienstbezirk anfalle, recht schnell und professionell abarbeiten.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Präsentation und wünscht den Herren alles Gute.

(Die Unfall- und Kriminalitätsstatistik wird im Ratsinformationssystem

hinterlegt.)

zu 5 **Benennung von 4 Stellvertretern für die Verbandsversammlung "Zweckverband Naturnahes Köllertal"**

Der Vorsitzende informiert, dass die Vertreter für die Verbandsversammlung „Zweckverband Naturnahes Köllertal“ in der konstituierenden Sitzung benannt worden seien. Es sei jedoch versäumt worden, deren Stellvertreter zu benennen. Er selbst werde von einem der Beigeordneten vertreten, so dass drei weitere Stellvertreter benannt werden müssten.

Herr Manfred Schmidt hält fest, dass CDU, SPD und GLN bereits Vertreter in die Verbandsversammlung entsandt hätten und schlägt daher vor, in der Fraktionsfolge weiterzugehen, so dass der erste Stellvertreter von der FDP, der zweite von der GBH und der dritte von der CDU, als größte Fraktion, gestellt werde.

Herr Hill schlägt seitens der GLN-Fraktion Herrn Rüdiger Flöhl als Stellvertreter vor.

Herr Kopp schlägt für die FDP-Fraktion Herrn Ulrich Krebs vor.

Herr Manfred Schmidt schlägt für die CDU-Fraktion Herrn Jörg Schwindling vor.

Herr Stefan Schmidt schlägt Herrn Dr. Peter Reimann vor.

Der Vorsitzende hält fest, dass es sich um eine Benennung handele, könne dies durch Akklamation vollzogen werden, sofern die Ratsmitglieder mit dieser Vorgehensweise einverstanden seien. Da Zustimmung signalisiert wird, lässt der Vorsitzende in alphabetischer Reihenfolge über die Kandidaten abstimmen.

Der Vorsitzende lässt über die Benennung von Herrn Rüdiger Flöhl abstimmen:

Beschluss mit 15 Ja-Stimmen (4 GLN/10 SPD/1 AfD) und 15 Nein-Stimmen (10 CDU/2 FDP/1 AfD, 2 GBH) bei 1 Stimmenthaltungen (CDU):

Es folgt eine Abstimmung über die Benennung von Herrn Ulrich Krebs abstimmen:

Beschluss mit 27 Ja-Stimmen (11 CDU/2 AfD/2 FDP/2 GBH/10 SPD) und 4 Nein-Stimmen (4 GLN):

Danach lässt er über über die Benennung von Herrn Dr. Peter Reimann abstimmen:

Beschluss mit 14 Ja-Stimmen (4 GLN/ 10 SPD) und 13 Nein-Stimmen (10 CDU/1 AfD/2 GBH) bei 4 Stimmenthaltungen (2 FDP/1 CDU/1 AfD):

Anschließend folgt die Abstimmung über die Benennung von Herrn Jörg Schwindling abstimmen:

Beschluss mit 16 Ja-Stimmen (11 CDU/2 FDP/1 AfD/2 GBH) und 14 Nein-Stimmen (4 GLN/10 SPD) bei 1 Stimmenthaltung (AfD):

Der Vorsitzende bittet die Fraktionsvorsitzenden zu sich und unterbricht die Sitzung um 20.01 Uhr. Nach kurzer Beratung fährt der Vorsitzende um 20:05 Uhr mit der Tagesordnung fort und teilt mit, dass Herr Flöhl seine Kandidatur zurückgezogen habe.

Auf Grund des Erreichens der einfachen Mehrheit aller drei verbliebenen Bewerber werden die Ratsmitglieder Herr Ulrich Krebs, Herr Dr. Peter Reimann und Herr Jörg Schwindling benannt.

Herr Stefan Schmidt stellt Antrag zur Geschäftsordnung. Nach seiner Rechtsauffassung hätte die Benennung nach d'Hondt erfolgen müssen. Er wolle dies so stehen lassen, bittet jedoch die Verwaltung zu prüfen, wie zu verfahren sei, damit Rechtsicherheit bestehe. Dies sollte bis zur nächsten Gemeinderatssitzung geprüft werden.

Der Vorsitzende merkt an, eine Prüfung werde erfolgen. Über das Ergebnis werde er den Rat unterrichten.

**zu 6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wohnpark Großwaldstraße" -
Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 und § 4
Abs. 2 Baugesetzbuch und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/0109/20**

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und verweist auf den mehrheitlichen Beschluss des Ortsrates Eiweiler und die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses.

Herr Stefan Schmidt erklärt, die SPD-Fraktion bleibe bei ihrer Meinung und werde dem Antrag nicht zustimmen. Man erkenne an, dass der Investor auf die Anwohner der Großwaldstraße zugegangen sei und es Verbesserungen in manchen Bereichen gegeben habe, im Besonderen bei der Parksituation. Es sei jedoch keine zufriedenstellende Lösung herbeigeführt worden, was intensive Gespräche mit den Anwohnern der Großwaldstraße und den umliegenden Wohnbereichen gezeigt hätten. Seitens der SPD-Fraktion sei auch die Abwassersituation nicht hinreichend geklärt. Aufgrund dieser Kritikpunkte werde die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Wachall merkt an, dass die Äußerungen von Herrn Schmidt, seinem Erachten nach, nicht ganz richtig seien. Er bezieht sich auf die Sitzung des Ortsrates Eiweiler vom 02.09.2020 an der die Anwohner, die dem Bauvorhaben skeptisch gegenüberstanden, teilgenommen hätten. Während der Diskussion habe sich herausgestellt, dass die Anwohner grundsätzlich keine Einwände gegen das Bauvorhaben hätten, sondern vielmehr die allgemeine Verkehrssituation in der Großwaldstraße kritisierten. Während der Sitzung konnte der anwesende Investor und Bauherr, Bedenken der Anwohner zerstreuen und weitere Zusagen äußern. Er selbst habe im Nachgang Gespräche mit den Anwohnern geführt, bei denen sich das gleiche Bild ergeben habe. Es habe sich im Besonderen um die Parksituation im Bereich des Anwesens Nr. 11 gehandelt, welche sich entspannt habe. Zu dem werde man in der am 08.10.2020 vorgesehenen Sitzung des Ortsrates Eiweiler einen Antrag stellen, dass seitens der Verwaltung geprüft werden soll, ob die

Einrichtung von Parkstreifen möglich sei, um somit die Situation vor Ort zu entlasten. Er könne nur um Zustimmung zu dem Vorhaben bitten, im Hinblick auf den demografischen Wandel. Seit Jahren werde darüber geredet, dass die junge Generation in den Ortschaften wegbreche. Jetzt werde hier ein Angebot unterbreitet, welches sich gerade an junge Familien wende, ebenso der Bau des neuen Bildungszentrums Eiweiler. Eine ablehnende Haltung gegen diese beiden Bauvorhaben, sei eine ablehnende Haltung gegenüber der gesamten Gemeinde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses abstimmen:

Beschluss mit 16 Ja-Stimmen (11 CDU/ 2 FDP/ 1 AfD/2 GBH) und 14 Nein-Stimmen (4 GLN/10 SPD) bei 1 Stimmenthaltung (1 AfD):

1. Dem Abschluss des gemäß § 11 Baugesetzbuch (BauGB) erstellten städtebaulichen Vertrages - Durchführungsvertrag zur Planungskostenübernahme und Bauverpflichtung - mit dem Vorhabenträger wird zugestimmt.
2. Den in der Verwaltungsvorlage dargelegten Abwägungsergebnissen wird zugestimmt.
Die Planunterlagen sind entsprechend der Abwägungsergebnisse zu ergänzen. Eine Änderung der wesentlichen Planungskonzeption zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan hat sich nicht ergeben, so dass eine erneute Offenlage gem. § 4a Abs. 3 BauGB nicht erforderlich ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden, die sich zur Planung geäußert haben, von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.
4. Der Gemeinderat beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Wohnpark Großwaldstraße“ im Ortsteil Heusweiler, bestehend aus der Planzeichnung mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung als Satzung.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Wohnpark Großwaldstraße“ im Ortsteil Eiweiler gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

zu 7

Stellenplan 2020

Vorlage: BV/0133/20

Herr Ringe erläutert ausführlich den Sachverhalt.

Herr Krebs möchte zu drei Aspekten des Stellenplans Stellung nehmen. Zum einen sei dies die Stelle Nr. 111, welche neu geschaffen werden soll. Die FDP-Fraktion begrüße dies außerordentlich, denn man freue sich über eine Verbesserung der frühkindlichen Erziehung, die in der Gemeinde Heusweiler ein recht hohes Niveau habe. Man sei sehr dankbar, dass diese Stelle geschaffen werden soll. Man habe in der Gemeinde Heusweiler auch Personen, die den Anforderungen einer solchen Stelle sehr gut gerecht werden könnten. Trotzdem werde sich die FDP-Fraktion für eine öffentliche Ausschreibung einsetzen. Zum

zweiten habe man die Stelle Nr. 121, zu der anzumerken sei, dass der Gemeinderat vor einigen Jahren, nach einer sehr intensiven Diskussion beschlossen habe, das Sozialamt der Gemeinde an den Regionalverband Saarbrücken abzugeben. Die sozialen Belange seien beim Regionalverband gut aufgehoben. Mit der Schaffung dieser Stelle zu diesem Zweck werde der Beschluss von damals konterkariert. Er sehe keine Gründe, warum eine abgeschlossene Diskussion neu geführt werden solle. Die FDP-Fraktion begrüße sehr, dass man eine Reihe neuer Stellen nicht nur von pädagogischen sondern auch von hauswirtschaftlichen Kräften in den Kindertagesstätten habe. Dies halte und verbessere das Niveau. Er stelle daher den Änderungsantrag, den Stellenplan in der vorliegenden Fassung ohne die Stelle Nr. 121 im Bereich der Beschäftigten zu beschließen.

Herr Stefan Schmidt merkt an, die SPD-Fraktion habe intern lange über den Stellenplan diskutiert und Für und Wider ab gewägt. Man sei zu der gemeinsamen Fraktionslinie gelangt, dem Stellenplan der Verwaltung zuzustimmen. Insbesondere weil eine seit Jahren bestehende Kernforderung der SPD im Kita-Bereich umgesetzt bzw. eingeführt werden soll, mit der Implementierung einer pädagogischen Gesamtleitung. Es sei absolut richtig eine pädagogische Gesamtleitung zu installieren, die ein zusammenhängendes pädagogisches Konzept für alle Einrichtungen mit dem Rat zusammen entwickeln und umsetzen werde. Wachsende Zahlen in den Einrichtungen sowie der steigende Bedarf an Betreuungsplätzen zeigten, dass dieser Schritt überfällig sei. Allerdings werde man aus Überzeugung auf eine externe Ausschreibung drängen und benenne als Stichwort die Bestenauslese. Den Antrag der FDP-Fraktion zur Stellenstreichung im Sozialamt werde man nicht mittragen, weil man als SPD die Meinung vertrete, dass ein Ansprechpartner in diesen Belangen vor Ort benötigt werde. Der Regionalverband sei mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar, aber es tue Not, einen Ansprechpartner vor Ort zu haben. Daher werde der Änderungsantrag nicht mitgetragen. Den Stellenplan als Ganzes werde man mittragen.

Herr Manfred Schmidt führt aus, die CDU-Fraktion werde der Neuschaffung der Stelle einer pädagogischen Gesamtleitung zustimmen und begrüße dies außerordentlich. Zur Stelle des Integrationsbeauftragten (Nr. 121) werde man einer Umbenennung in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zustimmen, da weiterhin Bedarf gesehen werde. Darüber hinaus soll der Stelleninhaber zukünftig andere Bereiche mit abdecken. Die CDU-Fraktion werde dem Stellenplan in der vorgelegten Fassung zustimmen.

Herr Krebs könne die Ausführungen von Herrn Stefan Schmidt nicht nachvollziehen, da zum einen das Sozialamt des Regionalverbandes ins Heusweiler Rathaus komme, was bedeute, dass ein Ansprechpartner vor Ort sei. Darüber hinaus sei nach dessen Vorstellung nicht neu zugewanderte Menschen negativ diskriminiert gegenüber Zuwanderern der jüngeren Zeit. Dies erscheine ihm merkwürdig.

Herr Hill teilt mit, die GLN-Fraktion werde dem Stellenplan zustimmen. Er freue sich ebenfalls über die pädagogische Gesamtleitung, allerdings sei es nicht, wie ursprünglich angedacht, im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit mit mehreren Kommunen umzusetzen. Er spreche sich ebenfalls für das beste Personal aus, welches auch entsprechend gefördert werden sollte.

Der Vorsitzende möchte zur Vollständigkeit darauf hinweisen, dass die Stelle Nr.

121 unabhängig von der Person, eine äußerst bedeutsame Funktion für die Gemeinde habe. Diese sei seiner Meinung nach überhaupt nicht gleichzusetzen mit dem Sozialamt. Sie habe eine Integrationsfunktion, die insbesondere sprachliche Barrieren, welche nach wie vor vorhanden seien, überwinde. Dies sei in einem normalen Sozialamt nicht leistbar. Hinzukomme, dass die ausführende Person dies hervorragend mache und für die kommenden Jahre weiterhin Bedarf gesehen werde.

Es folgt eine Abstimmung über den Abänderungsantrag der FDP-Fraktion.

Beschluss mit 3 Ja-Stimmen (2 FDP/1 AfD) und 28 Nein-Stimmen (10 SPD/4 GLN/2 GBH/11 CDU/1 AfD):

„Der Gemeinderat beschließt den vorliegenden Entwurf des Stellenplanes 2020 mit den im Sachverhalt dargelegten Änderungen für den Nachtragshaushalt ohne die Stelle Nr. 121 im Bereich der Beschäftigten.“

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion ist somit abgelehnt.

Es folgt eine Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses:

Beschluss mit 28 Ja-Stimmen (11 CDU/1 AfD/2 GBH/10 SPD/4 GLN) und 1 Nein-Stimmen (AfD) bei 2 Stimmenthaltungen (2 FDP):

„Der Gemeinderat beschließt den vorliegenden Entwurf des Stellenplanes 2020 mit den im Sachverhalt dargelegten Änderungen für den Nachtragshaushalt.“

**zu 8 1. Nachtragshaushalt 2020 - Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023
Vorlage: BV/0103/20**

Frau Etringer erläutert anhand einer Präsentation die geänderten Maßnahmen zum Investitionsprogramm.

Herr Zimmer möchte bezüglich der 25.000 € für die Photovoltaikanlage in der Kindertagesstätte Kutzhof wissen, ob dies Bestandteil der geplanten Baumaßnahme sei, ob hier nachinvestiert werden müsse oder entschieden worden sei, dass diese zusätzlich gebaut werde. Sollte es letzteres sein, wolle er den Gemeinderatsbeschluss hierzu sehen. Er möchte wissen, ob die vollständige Dachfläche genutzt werden, um größtmöglich bauen zu können.

Herr Ringe teilt mit, dass die Photovoltaikanlage in der ursprünglichen Planung bereits enthalten und die Elektroinstallation entsprechend vorgerüstet sei. Auf die Kostensteigerung in Kutzhof könne er später ausführlicher eingehen. Zur Belegung der Dachfläche sei zu sagen, dass der Eigenbedarf berechnet wurde und die Anlage entsprechend ausgelegt worden sei. Es sei geplant die Anlage für den Eigenstrombedarf zu nutzen.

Herr Zimmer stellt fest, dass man 25.000 € Kostensteigerung gegenüber dem Ursprungsplan habe und bereits mehrere Nachträge erfolgt seien. Beim

Feuerwehrgerätehaus seien es 225.000 € - auch seien bereits Nachträge erfolgt. Er bittet die Verwaltung mitzuteilen, um wieviel die Kosten gegenüber der Ursprungsplanung gestiegen seien. Darüber hinaus sei man verwundert, da das Barbara-Ensemble noch nicht begonnen wurde und 350.000 € Kostensteigerung zu Buche schlagen. Dies seien enorme Kosten, die nicht mit Baupreissteigerungen erklärbar seien.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Ringe das Wort.

Dieser erläutert detailliert die Kostensteigerung beim Barbara-Ensemble.

Herr Zimmer möchte wissen, wie hoch die Kostensteigerung insgesamt gegenüber der Ursprungsplanung bei Kindergarten, Feuerwehr und Halle sei. Bei einer vernünftigen Planung, wisse man, dass mit Baupreissteigerungen zu rechnen sei, weshalb er 17,5 Prozentpunkte nicht zulasse. Der Gemeinderat habe vor längerer Zeit beschlossen, den Mitarbeitern eine nicht unerhebliche außerordentliche Zulage für die Umsetzung der Projekte, zu zahlen. Jedoch zu hören, dass eine Elektroplanung nicht richtig sei und Nachträge beschlossen worden seien, bereiten der SPD-Fraktion Bauchschmerzen. Unabhängig davon, dass mit Sicherheit nachvollzogen werden könne, dass man exorbitante Steigerungen bei den Baupreisen habe.

Der Vorsitzende hält fest, Herr Ringe habe sehr ausführlich dargelegt, wo die Kostensteigerungen entstanden seien. Er habe den Ausführungen nicht entnehmen können, dass dies hauptsächlich auf die Baupreissteigerungen geschoben worden sei. Es möge an der einen oder anderen Stelle etwas übersehen worden seien, aber Maßnahmen wie beispielsweise die Kontaminierung eines Bodens, seien Kosten, die sowieso auf die Gemeinde zukommen würden, auch wenn diese im Vorfeld durch Probebohrungen bekannt und in die Planung mit eingeflossen seien. Die Kosten der Entsorgung würden nach wie vor entstehen. Man habe bei Projekten bewiesen, dass gute Arbeit geleistet werde.

Herr Ringe bietet den Ratsmitgliedern an, speziell das Projekt Kutzhof betreffend, im Rahmen eines Bau- und Verkehrsausschusses ausführlich zu berichten, wie sich die Kostensituation darstelle. Es sei auch zu berücksichtigen, dass im Rahmen des Kindergartenumbaus seitens der Förderbehörde Vorschläge an die Gemeinde unterbreitet wurden, dass das gesamte Dach energetisch saniert werden solle, was seitens der Verwaltung nicht vorgesehen war. Diesbezüglich habe es eine Förderung gegeben, so dass es wirtschaftlich gewesen sei. Bei der Gesamtkostenbetrachtung müssten jedoch auch solche Punkte berücksichtigt werden. Da dies den zeitlichen Rahmen der Sitzung sprengen würde, wolle er gerne im Bau- und Verkehrsausschuss das Projekt in einzelne Bestandteile aufgliedern und die einzelnen Maßnahmen erörtern.

Herr Zimmer merkt an, dies wäre sehr schön, sollte aber geschehen, bevor die Zahlen im Nachtragshaushalt aufgeführt seien. Er wisse, dass kein Bau- und Verkehrsausschuss stattgefunden habe, eine Mitteilung im Notausschuss jedoch möglich gewesen sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass alle Beschlüsse vorgelegen hätten und im Rat getroffen worden seien.

Herr Zimmer bittet die Gesamtkostensteigerung gegenüber der Ursprungsplanung

in schriftlicher Form den Fraktionen zukommen zu lassen. Des Weiteren möchte er von Herrn Ringe wissen, ob es richtig sei, dass die Sanierung der Brunnenanlage in Holz im ISEK-Programm der Gemeinde Heusweiler aufgenommen worden sei.

Herr Ringe teilt mit, dass die Verwaltung derzeit an einem Entwurf des ISEK-Programms arbeite. Nach einer Vorberatung im Bau- und Verkehrsausschuss, in der die einzelnen Maßnahmen abgestimmt werden könnten, obliege dem Gemeinderat die Verabschiedung.

Herr Zimmer fragt erneut, ob die Brunnenanlage im ISEK-Programm enthalten sei.

Herr Ringe teilt mit, dass die Gemeinde derzeit kein ISEK-Programm habe. Dieses sei von den einzelnen Gremien zu beschließen. Die Verwaltung arbeite derzeit an einem Entwurf.

Auf die Frage von Herrn Krebs hinsichtlich des zeitlichen Verzuges bei den Arbeiten am Barbara-Ensemble, teilt Herr Ringe mit, dass dieser deutlich feststellbar sei, da das Objekt im Frühjahr bereits abgeschlossen sein sollte.

Herr Krebs vertritt die Auffassung, dass man sich dann auch nicht über übermäßige Kostensteigerungen wundern dürfe. Es stelle sich die Frage, warum man nicht halbwegs im Zeitplan sei. Natürlich könne man auf Bodenverunreinigungen stoßen oder Schächte in Plänen nicht verzeichnet seien. Es könnten auch Planungsfehler vorkommen, aber nicht in dieser Häufung. Hier sei bei einem Bestandsumbau in der Planung und Kostenschätzung vieles schiefgelaufen. Wenn plötzlich ein anderes Heizsystem benötigt werde, frage er sich, wieso dies von den Fachleuten in der Verwaltung niemand gewusst habe. Wenn eine neue Elektroinstallation benötigt werde, müsste geklärt werden, ob die bestehende Installation teilweise übernommen werden könne oder nicht. Dies stimme ihn sehr nachdenklich.

Bei der Maßnahme 10503 Baubetriebshof rede man im Nachtragshaushalt über eine Größenordnung von 885.000 €. Er möchte wissen, ob dem Gemeinderat eine konkrete Planung zur Verwendung des Geldes vorliege. Als Rat könne man der Verwaltung doch keinen Blankoscheck ausstellen. Vor Freigabe eines solchen Betrages, benötige man genaue Informationen hinsichtlich Planung, Notwendigkeit und Umsetzung. Hier komme er nochmals auf die Äußerung von Herrn Ringe zurück, sich hinsichtlich der finanziellen Schieflage des Barbara-Ensembles in einem Bau- und Verkehrsausschuss intensiv darüber zu unterhalten. Er erwarte von der Verwaltung, dass dies vorher geschehe, bevor man dem Rat in einem Nachtragshaushalt eine Gesamtzahl nenne und dieser bohren müsse, um Details zu erhalten. Die FDP-Fraktion beantragt daher, die beiden Haushaltsstellen Nr. 10311 und Nr. 10503 im Nachtragshaushalt vom heutigen Beschluss auszunehmen und diese gegebenenfalls in einem weiteren Nachtragshaushalt, der nach einer Diskussion in den entsprechenden Ausschüssen zu erstellen sei, zu beschließen.

Der Vorsitzende führt aus, dass dies für das Barbara-Ensemble bedeute, dass die Baumaßnahme eingestellt würde.

Herr Hill ist der Meinung, dass eine Entnahme der Positionen die Kosten nicht verringern würde. Hinzu käme, dass sich das Bautempo verlangsamen würde. Er gibt zu bedenken, dass die Kutzhofer Bürger bereits sehr lange auf ihre Halle

warten und keinerlei Möglichkeit vor Ort hätten, Familienfeiern oder Beerdigungen durchzuführen. Auch würde die Feuerwehr sich freuen, in das Ensemble einziehen zu können. Bei aller Diskussion, die kritisch im Bauausschuss geführt werden könne, solle man in der Sache vorankommen und die benötigten Mittel zur Verfügung stellen, um letztendlich die Baumaßnahme durchführen zu können.

Herr Manfred Schmidt merkt an, der Nachtragshaushalt im Investitionsbereich enthalte notwendige Änderungen beim Mittelbedarf für das Barbara-Ensemble. Dies sei bereits mehrfach angesprochen worden, sowohl bei der Kita, der Feuerwehr und der Halle. Das gleiche gelte auch für das künftige Wohngebiet am alten Holzer Sportplatz. Dort seien es die Mehrkosten für die Hangsicherung zu der Straße „Zu den Hütten“ und dem Bau eines Regenrückhaltebeckens. Sowohl die bauliche Veränderung am Baubetriebshof und die Objektplanung Regenrückhaltebecken Eiweiler, die alle eine hohe Priorität für die CDU-Fraktion haben. Die CDU-Fraktion sehe es kritisch, dass versucht werde, einzelne Punkte herauszunehmen. Man wolle ja, dass es in der Gemeinde und in Kutzhof weitergehe. Aus diesem Grunde plädiere die CDU dafür dem Nachtragshaushalt – Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023 in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Herr Flöhl vertritt die Auffassung, dass die Fortführung des Barbara-Ensembles für ihn wichtig sei, da es für die Bürger weitergehen müsse. Zum Bauhof sei zu sagen, dass der Rat für mehr Bauhofmitarbeiter gestimmt habe, weil vieles in Eigenleistung gemacht werden solle. Dadurch sei ein größerer Fuhrpark angeschafft worden, was bedeute, dass auch entsprechende Parkmöglichkeiten benötigt würden. Daher müsse auch der Bauhof ertüchtigt werden, als logische Konsequenz aus dem politischen Handeln des Rates. Zum Thema Klimawandel/Hochwasser sei festzuhalten, dass manches anders und größer geplant werden müsse. Er werde daher der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Stefan Schmidt möchte gerne zu diesem Punkt und zum vorherigen Punkt Stellung seitens der SPD-Fraktion beziehen. Die zukünftige Finanzierung im Rahmen des Investitionshaushaltes sei eines der wichtigsten Projekte in der Gemeinde Heusweiler und originäre Aufgabe des Gemeinderates, der man sich als SPD nicht verschließen wolle. Man habe den Haushalt im April 2019 abgelehnt, weil man hier falsche Weichenstellungen im Bereich der Bildungspolitik und der Grundschulentwicklung gesehen habe. Dass man sich immer konstruktiv verhalte, zeige die Zustimmung zum Stellenplan, über den zuvor abgestimmt worden sei. Durch die aktuelle Corona-Pandemie mit den einhergehenden wirtschaftlichen Folgen würden die Spielräume immer kleiner. Hier sei insbesondere der Bund gefordert, den Kommunen, über die zugesagten Mittel zur Übernahme der Gewerbesteuerausfälle im Jahr 2020 hinausgehend, Hilfe anzubieten. Die Zahlen, wie sie im nächsten Tagesordnungspunkt präsentiert würden, seien besorgniserregend. Man müsse kreativ sein, um die vorhanden knappen Mittel effizient und erfolgreich einzusetzen. Er möchte hier beispielhaft den Neubau der Feuerwehrhauptwache nennen, eines SPD-Antrages aus dem Jahr 2010, der nun endlich umgesetzt worden sei. Aber auch aktuelle Projekte, wie sie jetzt in diesem Nachtragshaushalt beschlossen werden sollen, seien noch lange nicht umgesetzt. Mit dem Nachtragshaushalt müsse er seine Aussage der Finanzierung leider revidieren. Allein das Barbara-Ensemble werde 600.000 € teuer als ursprünglich geplant. Die SPD-Fraktion stehe voll hinter diesen Projekten. Der zeitliche Verzug

bei allen angesprochenen Objekten und Bauvorhaben müsse deutlich kritisiert werden. Dieser sowie der erheblich gestiegene Finanzbedarf sei sehr mangelhaft dem Rat gegenüber kommuniziert worden. Es sei nicht in Ordnung, dass die einzelnen Punkte erst in einer Sitzung aufgeführt würden, in der über den Nachtragshaushalt und einer Summe von 600.000 € beschlossen werde. Dies hätte im Notausschuss oder einer Fraktionssprecherbesprechung angesprochen werden müssen. Auch finde sich kein einziger Hinweis auf die angesprochenen Kritikpunkte in den Protokollen des vergangenen Jahres.

Als Weiteres spricht er die seit Jahren stockende Bebauung am Sportplatz in Holz an. Hier habe der Ortsrat Holz und der Gemeinderat ständig politischen Druck aufbauen müssen, damit es weitere Informationen gegeben habe oder das Projekt nach vorne getrieben worden sei. Er verweist auf den 31.12.2020, da nur bis zu diesem Datum Familien ein Baukindergeld in Höhe von 12.000 € pro Kind beantragen könnten und somit von Verzögerungen am meisten betroffen seien. Die Informationspolitik der Verwaltung müsse gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, den betroffenen Vereinen sowie dem Rat künftig deutlich verbessert werden. Aufgrund der vorliegenden Kritikpunkte könne die SPD dem Haushalt nicht zustimmen. Den Antrag der FDP könne man mittragen, um aufzuarbeiten wo Fehler gemacht worden seien. Dann werde man auch mit Sicherheit die Zustimmung zu weiteren Finanzmitteln für Kutzhof nicht verwehren. Man wolle es jedoch politisch richtig machen.

Der Vorsitzende vertritt die Ansicht, dass die SPD vielleicht mehr miteinander reden müsse. Man könne gerne auflisten, was in den vergangenen Jahren in Sitzungen und Fraktionsvorsitzenden-Besprechungen mitgeteilt worden sei. Er lasse die Kritik so nicht stehen. Alles was im Nachtrag in Bezug auf die Erweiterungskosten in der Befugnis des Rates gelegen habe, dies seien einige Beschlüsse das Barbara-Ensemble betreffen, seien im Gemeinderat beschlossen worden. Über alle anderen, die sich im Befugnisrahmen des Bürgermeisters bewegt haben, sei teilweise informiert worden.

Herr Krebs möchte klar stellen, dass die FDP-Fraktion keinesfalls daran interessiert sei, einen Baustopp beim Barbara-Ensemble hervorzurufen. Zähneknirschend möchte er daher den Punkt 10311 „Kostensteigerung beim Barbara-Ensemble“ im Nachtragshaushalt belassen. Er stelle jedoch nach wie vor den Änderungsantrag, die Position 10503 „Bauliche Änderungen am Baubetriebshof“ vom Beschluss auszunehmen. Sie sollte gründlich in den Ausschüssen und im Rat diskutiert werden, wie es sich bei einer solchen Größenordnung gehöre und getrennt hiervon in einem 2. Nachtragshaushalt beschlossen werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die betreffende Position eine Verpflichtungsermächtigung sei, so dass der Rat hierüber nochmals entscheiden müsste. Dies könne er gerne im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vertiefen.

Frau Etringer teilt mit, dass es im Jahr 2020 zeitlich nicht mehr möglich sei, einen zweiten Nachtrag zu erlassen, da dieser sowohl beschlossen, genehmigt und veröffentlicht sein müsste. Sollte dies nicht im laufenden Jahre erfolgen, komme dieser nicht zustande.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen, also das Investitionsprogramm ohne die Position 10503.

Beschluss mit 11 Ja-Stimmen (2 FDP/9 SPD) und 19 Nein-Stimmen (11 CDU/2 AfD/2 GBH/4 GLN):

Der Gemeinderat beschließt, das vorliegende Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023, ohne die Position 10 503, als Grundlage für die Finanzplanung im 1. Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 zu beschließen.
(Frau Trappmann war während der Abstimmung abwesend.)

Somit ist der Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt.

Es folgt eine Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag:

Beschluss mit 19 Ja-Stimmen (4 GLN/2 GBH/ 2 AfD/11 CDU) und 11 Nein-Stimmen (2 FDP/9 SPD):

Der Gemeinderat beschließt, das vorliegende Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023 als Grundlage für die Finanzplanung im 1. Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 zu beschließen.

(Frau Trappmann war während der Abstimmung abwesend.)

zu 9 **1. Nachtragshaushalt 2020**
Vorlage: BV/0104/20

Frau Etringer erläutert die Veränderungen des Ergebnishaushaltes, die zu einer Verschlechterung in Höhe von 1,8 Mio € im Jahr 2020 und 2,5 Mio € im Jahr 2021 geführt hätten.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzhaushaltes abstimmen:

Beschluss mit 19 Ja-Stimmen (11 CDU/2 AfD/2 GBH/4 GLN) und 11 Nein-Stimmen (9 SPD/2 FDP):

Der Gemeinderat beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2020 mit dem Nachtragshaushaltsplan und seinen Anlagen.

(Frau Trappmann war während der Abstimmung abwesend.)

zu 10 **Festlegung der Gestaltung von Grünflächen im Bebauungsplan -**
Antrag der GBH-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0036/20

Der Vorsitzende erteilt dem Antragsteller das Wort.

Herr Lafontaine erläutert, die Intention des Antrages sei, ein ökologisches Gleichgewicht starten zu wollen. In letzter Zeit seien immer mehr Schottergärten angelegt worden, welche schädlich für das Klima seien. Hinzu komme, dass die Oberflächen der Gärten versiegelt würden und das Regenwasser nur noch abgeleitet werde und nicht mehr im Boden versickere. Die Biodiversität werde gestört, Pflanzen und Tiere würden keinen Lebensraum mehr finden. Die

Schottergärten würden zu einer Überhitzung der Gärten führen, da sich die Steine in der Sonne aufheizen und die Hitze halten. Daher habe man diesen Antrag gestellt, damit dies in Zukunft beachtet werde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich hier um § 11 der Landesbauordnung (LBO) des Saarlandes handle und man bereits in den letzten Bebauungsplänen genau diese Regelung, aufgrund der gesetzlichen Grundlage, beinhaltet habe. Im Ausschuss sei angesprochen worden, dass die UBA die Überwachung der Einhaltung übernehme. Es sei jedoch nicht schädlich diesen Antrag zu fassen. Er verweist auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses.

Herr Flöhl hält fest, dass eine Versiegelung voraussetze, dass die Unterlage der Schotterflächen aus einer komplett geschlossenen Folie bestehe. Seinem Wissen nach würden Fachbetriebe eine offenporige Folie verwenden, was eine Versickerung des Regenwassers ermögliche. Zur Biodiversität sei zu sagen, dass diese sich aufgrund des Klimawandels verändern werde. Es stelle sich die Frage, ob man sich Stück für Stück klimatisch auch anderen Gegebenheiten anpassen wolle und erläutere dies. Er vertrete die Auffassung, dass der Antrag jedoch weit über das Ziel hinaus schieße.

Herr Krebs sehe nicht nur die Nachteile einer Schotterfläche gegenüber einem halbwegs naturnahen Grün, sondern halte diese auch ästhetisch für einen absoluten Tiefpunkt. Der Antrag schieße an dem Ziel, welches er bewirken solle, vorbei. Wenn man eine solche Gestaltung verbiete, gebe es für die Bürger einen wunderbaren Ausweg, nämlich die Anlage von Parkplätzen mit einer Totalversiegelung. Dies könne keiner wollen. Man könne in der Republik nicht alles regeln, was dem ein oder anderen wünschenswert erscheine. Seinem Erachten nach habe man viel zu viele Regelungen. Daher sage er, der Antrag sei gut gemeint, gehe jedoch am Ziel vorbei. Die FDP-Fraktion werde ihn daher ablehnen.

Der Vorsitzende weist aufgrund der fortgeschrittenen Zeit darauf hin, ob der Rat abstimme oder nicht spiele keine große Rolle, da diese Regelung bereits gesetzlich verankert sei.

Herr Dr. Reimann hält fest, die SPD-Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Es sei eine symbolische Wirkung in die richtige Richtung. Er vertrete die Auffassung, wenn etwas in eine falsche Richtung gehe, sollte korrigierend eingegriffen werden. Wenn man ökologisch vorankommen wolle, hätte sich die SPD im letzten Jahr über eine Unterstützung beim ökologischen Landbau gefreut.

Nach kurzer Diskussion verweist der Vorsitzende auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Bau und Verkehrsausschusses und lässt hierüber abstimmen:

Beschluss mit 25 Ja-Stimmen (10 SPD/ 2GBH/ 11 CDU/ 2 AFD) bei 2 Nein-Stimmen (2 FDP) bei 4 Stimmenthaltungen (4 GLN):

Die Verwaltung wird aufgefordert, entsprechende Festsetzungen in den Bebauungsplänen festzulegen.

zu 11 Ratsarbeit weiter digitalisieren - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0038/20

Der Vorsitzende erteilt dem Antragsteller das Wort.

Herr Dr. Reimann teilt mit, es handele sich bei dem Antrag um eine Anregung für die Arbeitsgruppe „Digitalisierung“. Der Rat würde vom aktuellen Stand der Beschlüsse bzw. deren Umsetzung profitieren. Weiterhin sollte ein digitaler Workflow angedacht werden. Dies helfe der Verwaltung und den Fraktionen.

Der Vorsitzende führt aus, dass man vor Corona im Personal- und Finanzausschuss darüber diskutiert habe. Der Personal- und Finanzausschuss habe eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen, dass die AG „Digitalisierung“ diesen Prüfauftrag übernehmen solle.

Einstimmiger Beschluss:

Die AG „Digitalisierung“ bekommt den Prüfauftrag,

1. das Ratsinformationssystem Session wird dahingehend erweitert, dass der Status der Anträge/Beschlussvorlagen für die Ratsmitglieder (Eingang bis umgesetzt) sichtbar ist.
2. die Antragseinreichung/Erstellung von Beschlussvorlagen in einem digitalen Workflow abzubilden (Einreichen, interne Genehmigungswege)

zu 12 Saarstraße sicherer machen, Verkehrskontrollen verstärken - Antrag der FDP-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0083/20

Der Vorsitzende erteilt dem Antragsteller das Wort.

Herr Kopp führt aus, der Antrag sei aufgrund dauerhafter Klagen von Anwohnern der Saarstraße entstanden, welche über mehrere Monate hinweg eingegangen seien. Zum einen über vermehrten LKW-Verkehr über 7,5 t in Verbindung mit einer teilweise fehlenden Beschilderung zum Durchfahrverbot. Das Verbot sei einst vom Regionalverband als Baulastträger erlassen worden, jedoch mit unvollständiger Beschilderung. Ein weiteres Problem stellten auch die vermehrten Geschwindigkeitsüberschreitungen dar. Die bisherige Diskussion im Ausschuss habe bereits Lösungsansätze aufgezeigt. Zum einen soll der Landesbetrieb für Straßenbau (LfS) aufgefordert werden, die fehlende Beschilderung zu vervollständigen. Des Weiteren soll die Landespolizei aufgefordert werden, vermehrt Kontrollen durchzuführen, bezüglich der Einhaltung des bestehenden Verbotes. Das Ordnungsamt habe angekündigt oder bereits schon vollzogen, vermehrt Geschwindigkeitskontrollen in diesem Bereich durchzuführen. Der Ortsrat habe empfohlen, zusätzlich die mobile Geschwindigkeitsanzeige ebenfalls aufzustellen. Man hoffe, dass das Paket an Maßnahmen hoffentlich bald zu einer Verbesserung der Situation führen werde.

Der Vorsitzende verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses. Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt er hierüber

abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, den Verkehr in der Saarstraße regelmäßig zu kontrollieren. Insbesondere soll in diesem Bereich eine eindeutige Beschilderung dahingehend sichergestellt werden, dass das Verbot der Durchfahrt für Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen effektiv gewährleistet wird.

zu 13 Zukunftsorientierte Personalplanung im Bereich Tiefbau - Einstellung eines Studenten - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion Vorlage: BV/0131/20

Der Vorsitzende erteilt dem Antragsteller das Wort.

Herr Zimmer teilt mit, die SPD stehe für eine zukunftsweisende Personalplanung. Seit Jahren beklage sich der Bürgermeister über mangelndes Personal in diesem Bereich. Der Beschäftigte im Bereich Tiefbau werde, im Hinblick auf den Renteneintritt, der Gemeinde nur noch einem begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehen. Dieser verfüge über langjährige Wissens- und Erfahrungsschätze, die an einen jungen Studenten weitergegeben werden sollten. Somit könne Nachwuchsförderung betrieben werden. Auch werde einem Studenten die Möglichkeit gegeben, sich in Sach- und Fachfragen einzuarbeiten. Die im Antrag aufgeführte Übernahmegarantie sei diskutabel. Wenn gute Arbeit geleistet werde, sollte zu Tarifbedingungen eine Übernahme in Aussicht gestellt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, man sei froh über Ideen und Anträge die die Verwaltung personell auf gesündere Füße stelle.

Herr Hill halte den Antrag für unterstützenswert, möchte jedoch aufgreifen, dass im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit, unter Umständen die Möglichkeit bestehe, ein Ingenieurbüro gemeinsam mit anderen Kommunen zu betreiben. Somit könnten Leistungen vollbracht werden, die nicht nur etwas mit Tief- und Hochbau zu tun hätten, sondern auch was mit Elektro- und Sanitärinstallationen. Die GLN-Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Der Vorsitzende spricht die Interkommunale Zusammenarbeit an und hält fest, dass die Umsatzsteuerproblematik nach wie vor nicht geklärt sei, auch nicht auf Bundesebene. Derzeit gelte immer noch, sobald Tätigkeiten eingekauft oder für andere Gemeinden zur Verfügung gestellt würden, falle Umsatzsteuer an.

Herr Ringe möchte zum Antrag der SPD-Fraktion wie folgt Stellung nehmen. Aktuell habe die Gemeinde erstmals eine Werksstudentin im Bauamt eingestellt und hiermit positive Erfahrungen gemacht. Daher werde sich die Verwaltung klar für diesen Antrag positionieren. Die Übernahmegarantie werde jedoch rechtlich sehr schwierig gesehen. Im Hinblick auf den nahenden Semesterbeginn sollte entsprechend schnell eine Ausschreibung vorgenommen werden, sofern sich der Rat hierfür ausspreche.

Herr Manfred Schmidt hält fest, dass die Übernahmegarantie seitens der CDU-Fraktion ebenfalls kritisch gesehen und nicht mitgetragen werde.

Herr Zimmer teilt mit, dass auf die schriftliche Übernahmegarantie seitens der SPD im Antrag verzichtet werde. Es sollte jedoch bei den Einstellungsgesprächen den Werksstudenten gegenüber signalisiert werden, dass bei Ablieferung guter Arbeit eine Chance gesehen werde ein Stellenangebot folgen zu lassen und Bedarf seitens der Verwaltung bestehe.

Der Vorsitzende verliest den geänderten Beschlusstext und lässt hierüber abstimmen:

Einstimmiger Beschluss:

„Die Gemeinde Heusweiler soll ab dem Wintersemester 2020/21 eine*n kooperative*n Student*in für den Bereich Tiefbau einstellen. Die Beschäftigung sollte im Bereich des Masterstudiengangs erfolgen.“

**zu 14 Wandertour Heusweiler
Vorlage: BV/0100/20**

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und verweist auf den einstimmigen Beschluss des Orsrates Heusweiler.

Herr Hill spricht die Sitzung des Kooperationsrates an, bei der er den Bürgermeister vertreten habe und in der über die Tourismusstrategie im Regionalverband gesprochen worden sei. Er bitte die Ratsmitglieder, sich nochmals anzusehen, wie bestimmte Bereiche des Regionalverbandes im Rahmen der Tourismusstrategie gefördert würden. Dies könne er für Heusweiler in der Form nicht feststellen. Nachdem er dies kritisch hinterfragt habe, sei er darauf hingewiesen worden, dass ein neuer Wanderweg in Heuweiler entstehe und dies nur durch die Zeitung zu erfahren gewesen sei. Dass Heusweiler, als eine der größten Flächengemeinden, letztendlich von der Tourismusstrategie und den Mitteln im Rahmen der Regionalverbandsumlage letztendlich nicht oder kaum profitiere, sollte im Rahmen der Bürgermeisterbesprechung angesprochen werden.

Herr Krebs teilt mit, die FDP-Fraktion hätte gerne von der Verwaltung gewusst, ob die entsprechende Stelle im Regionalverband angefragt worden sei, die für die Planung, Internetauftritte und Details wie Beschilderung und ähnliches zuständig sei. Es werde angeregt, umgehend beim Regionalverband eine Expertise einzuholen. Die zuständige Person könnte eine Projektevaluierung durchführen und entstehende Fragen klären. Auch müssten Einkehrmöglichkeiten und Zugänge zu Toiletten geklärt werden, sofern man auch Touristen von außerhalb auf diesem Wanderweg sehen wolle. Sollte dies bisher nicht geschehen sei, bitte man die Verwaltung dringend darum, dies nachzuholen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Paulus mit dem Regionalverband in Verbindung stehe. Herr Schwindling könne hierzu vielleicht Näheres sagen.

Dieser glaube, dass hier zwei völlig verschiedene Dinge betrachtet werden müssten. Wenn man als Gemeinde einen touristisch nutzbaren Wanderweg im Sinne der Tourismusstrategie des Landes, des Regionalverbandes und der Stadt Saarbrücken ins Programm und die Vermarktung bringen wolle, müsse man sich bewusst sein, was dies bedeute. Hier kämen stetige Qualitätskontrollen, Verkehrssicherungspflichten und permanente Pflege des Weges auf die Gemeinde

zu, was nicht unerhebliche Kosten bedeute. Sein Empfinden dieses jetzigen Wanderweges sei ein anderes. Er glaube dies sei ein schöner Weg für die Bürgerinnen und Bürger in Heusweiler und auch für Gäste von außerhalb, der nicht unbedingt dem Qualitätsstandard gerecht werden müsse, den das Land oder der Kreis von der Gemeinde fordern würde. Er glaube, dass die Qualität hochgehalten werden könne, ohne den Druck zu haben, diese hochhalten zu müssen. Dies sei seine persönliche Meinung.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ein Premiumwanderweg kontinuierliche Unterhaltung erfordere, was in der Umsetzung schwierig sei.

Herr Dr. Reimann merkt an, die SPD-Fraktion finde den Wanderweg grundsätzlich gut. Ob dieser ein Premiumwanderweg werde, sei von den Anforderungen abhängig. Er denke, dies müsste auch nicht unbedingt vorangetrieben werden. Die SPD-Fraktion begrüße, dass Forderungen, die seinerzeit im Gemeindeentwicklungskonzept 2009 gestellt worden seien, wie beispielsweise die Ertüchtigung des Bergmannpfades bzw. eine fußläufige Verbindung zwischen den Ortsteilen, umgesetzt werden. Es werde festgestellt, dass hier viel Arbeit von der Verwaltung, dem Bauhof sowie ehrenamtliches Engagement eingebracht worden sei. Es sollte Erwähnung finden, dass Bürger aus Kutzhof und Berschweiler sich engagiert und den Weg aufbereitet sowie mitgeplant haben. Er denke dass allen klar sei, dass nicht nur die 5.000 € benötigt würden, um den Wanderweg aufwerten zu können. Eine Wegbeschilderung sei bereits angebracht worden. Es würden jedoch auch Hinweisschilder und Parkplätze benötigt. Man habe relativ viele Denkmäler die mit Hinweisschildern versehen werden könnten. Das Aufstellen von Ruhebänken würde Geld kosten, den Wanderweg jedoch aufwerten. Er bittet den Vorsitzenden und Herrn Ringe den ausdrücklichen Dank der SPD-Fraktion an Herrn Paulus weiterzugeben, der sich seitens der Verwaltung maßgeblich darum gekümmert habe und ein schönes Abschiedsgeschenk hinterlasse.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat nimmt die Streckenführung des neuen Wanderweges durch ihren Ortsteil zur Kenntnis und stimmt dieser zu. Weiterhin wird beschlossen, die Gelder für die Realisierung des Bergmannpfades für den neuen Wanderweg zur Verfügung zu stellen.“

zu 15 Mitteilungen und Verschiedenes

zu 15.1 Sammelcontainer in Kutzhof

Herr Saar informiert über Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, dass die Papiercontainer im Bereich Kutzhof immer gefüllt seien, da vor allem Bürger aus der Nachbargemeinde Wiesbach wohl ihr Papier in diesem Bereich entsorgen würden. Als Grund hier werde vermutet, dass Eppelborn die Papiercontainer abgeschafft habe. Hier sollte auf die Verwaltung Eppelborn zugegangen werden, um entsprechend Abhilfe schaffen zu können.

Der Vorsitzende denkt, dass eine Entsorgung durch die Bürger umliegender Gemeinden schwerlich zu verhindern sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den

öffentlichen Teil der Sitzung um 22:12 Uhr und fährt nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit mit der Tagesordnung fort.